

Guhl Andreas
BDP
Mooswiesen
9565 Oppikon

Bruno Lüscher
FDP
Leimackerstr. 14
8355 Aadorf

EINGANG GR 2. Dec. 2015		
GRG Nr.	12	1143
		420

Stephan Tobler
SVP
Bahnhofstr.69b
9315 Neukirch (Egnach)

+ 45

Interpellation „Schlanke, subsidiäre Verfahren bei Verkehrsanordnungen“

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Verfahren des Verwaltungsgerichts betreffen Verkehrsanordnungen von Staatsstrassen, und wie viele Verfahren lassen sich auf Verfügungen zu Gemeinde- und Flurstrassen sowie öffentlichen Verkehrsflächen privater Eigentümer zuordnen?
2. Welche Kosten können beim Kanton eingespart werden, wenn dieser nur für Verkehrsanordnungen auf Staatstrassen zuständig ist? Lassen sich die jährlichen Einsparungen beziffern?
3. Ist der Regierungsrat bereit die RRV RB 741.2 §1 Abs. 2 dahingehend zu ändern, dass für Erlass, Änderung und Aufhebung der dauernden Verkehrsanordnungen auf Gemeinde- und Flurstrassen sowie öffentlichen Verkehrsflächen privater Eigentümer die Gemeinde zuständig ist?

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Fragen gedankt.

Begründung

„Bei der Zuweisung und Erfüllung staatlicher Aufgaben ist der Grundsatz der Subsidiarität zu beachten“ dieser Grundsatz steht in Art. 5a unserer Bundesverfassung. Gemäss Strassenverkehrsgesetz SR 741.01, Art. 3 Abs. 2 können die Befugnisse, Fahrverbote, Verkehrsbeschränkungen und Anordnungen zur Regelung des Verkehrs für bestimmte Strassen den Gemeinden übertragen werden, unter Vorbehalt der Beschwerde an eine kantonale Behörde.

Die Motion Tobler (12/Mo 26/204) betreffend Anhörungsverfahren und Beschwerdeverfahren SVG wird derzeit vom zuständigen Departement bearbeitet. Die Frage, ob die Kompetenz zum Erlass von Verkehrsanordnungen betreffend Gemeinde- und Flurstrassen geändert werden solle, wurde zwar bei deren Beratung von KR Bruno Lüscher kurz angeschnitten (Protokoll 46 vom 07.01.2015), aber nicht diskutiert. Gemäss übergeordneter Gesetzgebung wäre eine subsidiäre Regelung möglich. Es ist unbestritten, dass die Gemeindebehörden in jedem Fall die lokalen Verhältnisse besser kennen. Die Gefahr, dass sich durch eine subsidiäre Regelung in den einzelnen Gemeinden unterschiedliche Praxen bilden, ist schon deshalb gering, weil bereits heute Anträge auf Verkehrsanordnungen mit kompletten Gutachten eingereicht werden müssen, welche vielfach von externen Büros erstellt werden.

Mit einer subsidiären Regelung könnte auch die Motion Tobler erfüllt werden, da nicht jede Einsprache direkt an das Verwaltungsgericht geht, sondern die Gemeinden erstinstanzlich zuständig sind.


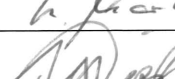
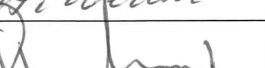



Weinfelden, 2. Dezember 2015

Andreas Guhl

Bruno Lüscher

Stephan Tobler

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Interpellation von Vorname/Name
„Titel“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Schwydes Fabienne		26 Junhof Erwin	
2 Brühlwiler Konrad		27 Albrecht Clemens	
3 Christa Kayman		28 Gubler René	
4 Parolan Carlo		29 Manzi Silvio	
5 W. Schönheiser		30 M. von Kuster	
6 Max Mückli		31 Marty Walter	
7 Oswald Ueli		32 Jung Wiesli	
8 H.P. Wehrle		33 Merkin Urs	
9 Bohnhauer I.		34 H. P. Wägel	
10 Marise MARAZZI-ESLOTT		35 ANITA ZIMMERMANN	
11 Pretali Beat		36 Urs Schär	
12 Böny David H.		37 H. Wei	
13 Kaufmann Björn		38 Zahnd Vico	
14 Gehwend Viktor		39 CHRISTIAN KOCH	
15 Vonlanthen Andrea		40 Peter Drangold	
16 Jannas Ilona		41 Heller Felix	
17 Gantenbein HP		42 Hartl Verena	
18 Zahnd Robert		43 J. Brägger	
19 Guido Hani		44 Didi Fenech	
20 Hans-P. Cramer		45 Roland A. Huber	
21 Helffenberg Leonida		46	
22 ZBINDEN Ruedi		47	
23 Nägele Willy		48	
24 Aerni Margrit		49	
25 Gutzwiller Jona		50	